

Keine Sicherheitsbestimmungen missachtet

Armee untersucht Strahlenrisiko von Radaren

15. 01. 2001 (Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#))

ZDF: Geheime Studie dokumentiert 69 Krebs-Fälle bei früheren Bundeswehr-Technikern

Die Bundeswehr untersucht seit längerem eine Gefährdung von Soldaten durch Radarstrahlen und hat dazu drei Studien in Auftrag gegeben. Das Verteidigungsministerium wies am Sonntag Vorwürfe zurück, dass Sicherheitsbestimmungen missachtet würden. Das ZDF hatte zuvor berichtet, Besatzungen von Radareinrichtungen seien über Jahrzehnte hinweg unzulässig hoher Röntgen- und elektromagnetischer Strahlung ausgesetzt gewesen.

Das Ministerium erklärte, eine der Studien sei von der Universität Witten/Herdecke angefertigt und wegen personenbezogener Daten als vertraulich eingestuft worden. Das Ergebnis unterliege keiner Geheimhaltung und beziehe sich auf Vorfälle, die bis in die sechziger Jahre zurückgingen. Im ZDF hieß es, die Studie sei geheim und beziehe sich auf 99 ehemalige Soldaten mit erheblichen Gesundheitsschäden, die als Radartechniker oder Radaroperatoren eingesetzt gewesen seien. 69 seien an Krebs erkrankt und 24 inzwischen gestorben, das durchschnittliche Sterbealter betrage 40 Jahre. Aus der Studie wurde zitiert: "Im Resultat kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die gesetzlich festgelegten Sicherheitsgrenzwerte für ionisierende Strahlung und auch gepulste Hochfrequenzstrahlung überschritten wurden."

Keine Gefahr für Soldaten

Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) sagte im ZDF, obwohl sich die Fälle auf 25 bis 30 Jahre verteilten, handle es sich "um eine in der Summe immer noch erschreckend hohe Zahl". Er zweifle diese nicht an. Die Untersuchung beziehe sich darauf, ob in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren durch mangelnden Schutz, mangelnde Kenntnis oder Fahrlässigkeit entschädigungspflichtige Wehrdienstbeschädigungen entstanden seien, sagte der Minister.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz vermutet laut ZDF, dass nicht nur der in der Studie erfasste Personenkreis betroffen sei, sondern dass "das Problem noch sehr viel größer sein muss". Er mahnte außerdem die Anwendung des Arbeitsschutzgesetzes in der Bundeswehr an. Da dies bisher nicht geschehen sei, könnten Soldaten noch immer stärkeren Risiken ausgesetzt werden als alle andere Arbeitnehmer.

Das Verteidigungsministerium erklärte, auch in der Vergangenheit seien die Grenzwerte stets eingehalten worden. Das Ministerium kündigte an, 2002 werde eine zukunftsorientierte dritte Studie vorliegen, in deren Mittelpunkt der größtmögliche Schutz der Soldaten stehen werde. Danach sollten Schlussfolgerungen für die Zukunft gezogen werden.

Für deutsche Soldaten im Kosovo oder in Bosnien gibt es nach Darstellung von Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) kein wirkliches Risiko durch die von US-Flugzeugen abgeschossene Uran-Munition. Scharping sagte am Sonntag: "Es gibt kein wirkliches Risiko durch Strahlung (. . .), dieses abgereicherte Uran wird in der Medizin eingesetzt als Schutz vor schädlicher Strahlung." Beachtet werden müsse allerdings die Wirkung von Uran als Schwermetall und das möglicherweise damit verbundene Risiko für die im Kosovo lebende Bevölkerung. Scharping plädierte dafür, Uran-Munition nicht mehr zu verwenden. Zudem verwahrte sich der Minister dagegen, er habe die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig und umfassend

informiert.



Created: 15.01.2001 Updated: 24.01.2001